

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 01. Oktober 2010

20 Jahre Deutsche Einheit

Am 3. Oktober 2010 blicken wir auf zwei Jahrzehnte Wiedervereinigung zurück. Der Deutsche Bundestag wird den Jahrestag der Vollendung der staatlichen Einheit mit einer Feier auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude begehen, an der die damaligen und heutigen Vertreter der Verfassungsorgane und Mitgestalter der Deutschen Einheit teilnehmen. Ich werde erst bei den Feierlichkeiten in Bremen anwesend sein und dann mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Berlin reisen, um bei den Feierlichkeiten vor dem Reichstag dabei zu sein.

Besonders freut mich, dass auch Helmut Kohl – der Kanzler der Deutschen Einheit – mit uns feiern wird. Die Menschen in ganz Deutschland können stolz auf das sein, was seit der friedlichen Revolution und Wiedervereinigung ideell und materiell gemeinsam erreicht wurde.

Nach 20 Jahren ist es den Menschen in Ostdeutschland mit aktiver Unterstützung von Bund, Ländern und EU gelungen, die wirtschaftlichen Grundlagen für Wohlstand und wettbewerbsfähige Arbeit eindrucksvoll zu erneuern. Ostdeutschland hat seinen Standort gut entwickelt.

Diese Entwicklung wurde auch durch die große finanzielle Leistung aller Deutschen erreicht.

Der Prozess des Zusammenwachsens zwischen Ost und West ist auch gesellschaftlich weit vorangeschritten. Die junge Generation, die nach der Wiedervereinigung geboren wurde, denkt nicht mehr in den Kategorien West und Ost. Gemeinsam gilt es, den demographischen Wandel, der für Ostdeutschland eine besondere Herausforderung darstellt, zu gestalten.

In Kirchlinteln wird soziale Verantwortung gelebt

Wer im beruflichen Leben seine besonderen und wertvollen Erfahrungen und Kenntnisse sammeln konnte, der sollte dieses Wissen nicht für sich behalten, sondern es an junge Menschen weitergeben. Ich freue mich, dass sich die Firma emkon Systemtechnik aus Kirchlinteln dieser sozialen Idee verschrieben hat

Ich habe mich in der letzten Woche mit dem Verein emforce e.V. getroffen, um mir persönlich ein Bild von dessen Arbeit zu verschaffen. Mit den Initiativen „Schule trifft Wirtschaft“ und dem Patenschaftsmodell unterstützt der Verein Jugendliche dabei, den richtigen Beruf und einen Einstieg ins Berufsleben zu finden. Die Bundesregierung investiert mit der Qualifizierungsinitiative in Bildung über den gesamten Lebensweg – von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung im Beruf. Dafür geben wir 12 Mrd. Euro aus – das ist in diesen Zeiten mit

Einhaltung der Schuldenbremse nicht selbstverständlich. Bei der Bildung zu sparen wäre allerdings töricht, denn das ist unsere Zukunft.



Als Ergänzung zu diesen von der Bundesregierung unternommenen Anstrengungen ist die Arbeit dieser Initiative unverzichtbar, denn sie knüpft ein Band zwischen Jugendlichen, Schule und Wirtschaft. Die in dem Verein ehrenamtlich Tätigen stehen den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite und übernehmen so soziale Verantwortung. Ich bin beeindruckt von den Visionen und konkreten Maßnahmen dieses Vereins.

Verfassungsgerichtsurteil umsetzen: Hartz IV-Sätze werden angehoben

Am vergangenen Wochenende hat sich der Koalitionsausschuss auf die Neugestaltung der Regelleistung beim Arbeitslosengeld II verständigt. Die Hartz-IV-Regelsätze bleiben stabil – sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern. Die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene wird künftig 364 Euro betragen. Das ist eine Steigerung um fünf Euro. Obwohl die Regelleistung für Kinder und Jugendliche den neuen Berechnungen zufolge hätte sinken müssen, werden wir diese Sätze nicht verringern. Mit der von Bundesministerin Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nunmehr transparent und nachvollziehbar berechnete Hartz-IV-Sätze – auch für Kinder und Jugendliche – vor. Nur dazu und nicht zu einer Erhöhung der Regelleistung hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seinem Urteil vom 9. Februar 2019 verpflichtet.

Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität stellt die Union grundsätzlich nicht in Frage. Ziel des solidarischen Handelns darf aber nicht dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr geht es uns als Union darum, dem in

Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen und Gerechtigkeit auch gegenüber denen zu üben, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen aus eigener Anstrengung erwirtschaften.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wollen wir Hartz IV nicht möglichst bequem ausgestalten, sondern die Menschen aus Hartz IV herausholen. Das erreichen wir insbesondere durch eine Politik, die in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investiert. Zentraler Bestandteil unserer Neuregelung ist deshalb ein Bildungspaket in Höhe von 620 Millionen Euro pro Jahr. Durch dieses Bildungspaket erhält jedes Kind Zugang zu einem Verein in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, zu Ferienfreizeiten und außerschulischer Bildung mit einem Jahresbeitrag bis zu 120 Euro (Budget monatlich zehn Euro), Schulmaterial im Gegenwert von 100 Euro im Schuljahr (70 Euro zu Schuljahresbeginn, 30 Euro zum Schulhalbjahr) und einen Zuschuss zu Schul- und Kitaausflügen von 30 Euro im Jahr. Kinder und Jugendliche, die am Kita- oder Schulmittag-

essen teilnehmen, erhalten einen Zuschuss von ca. zwei Euro pro Mittagessen. Kinder mit objektiven Schulproblemen, erhalten ergänzend zu den schulischen Angeboten soweit erforderlich eine angemessene Lernförderung.

Ich stehe ohne wenn und aber hinter den Entscheidungen unserer Ministerin, den Satz nur geringfügig zu erhöhen, um damit vor dem Verfassungsgericht bestehen zu können.

Alle Oppositionsparteien schreien nun lauthals und sind voll dabei, das Geld, das von fleißigen Arbeitnehmern erarbeitet wird, zu verteilen und fordern höhere Sätze. Das kann man machen, sollte dann aber auch den arbeitenden Menschen sagen, dass sie diese Geschenke zu bezahlen haben. Bitte aber auch erinnern: eine 4 köpfige Hartz-IV-Familie, wovon für ein Kind auch noch Elterngeld gezahlt wird, bekommt derzeit mit Nebenleistungen 1885 Euro netto vom Steuerzahler. Ist das sozial und gegenüber den fleißigen unserer Gesellschaft gerecht? Hat man bei so viel Kohle noch Lust auf reguläre Arbeit?

Aufschwung kommt bei den Bürgern an

Im zweiten Quartal 2010 sind die Reallöhne verglichen zum Vorjahr um durchschnittlich 2,3 Prozent gestiegen. Damit wurde der höchste Anstieg seit Beginn der Berechnungen des Index im Jahr 2007 verzeichnet. Zurückzuführen ist dies sowohl auf eine positive Verdienst-

entwicklung, als auch auf den Rückgang der Kurzarbeit. Die nominale Verdienstentwicklung unterschied sich in den einzelnen Branchen allerdings deutlich: So sank beispielsweise der Bruttomonatsverdienst im Bereich Verkehr und Lagerei um 0,4 Prozent und stieg im Wirt-

schaftszweig Finanz- und Versicherungsdienstleistungen um 7,4 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Verdienste durch den beachtlichen Rückgang der Kurzarbeit um 5,7 Prozent.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range